

VERTRAULICH**B E S C H L U S S P R O T O K O L L I I**

der 16. Sitzung des Bundesrates

vom 8. Mai 1991

Pulverfabrik Wimmis

Die Beteiligung der Pulverfabrik Wimmis an der BATREC AG wird als sinnvoll erachtet, doch sollten die rechtlichen Fragen noch eingehender geprüft werden. Die Beteiligung bedeutet noch keineswegs, dass Subventionen für den Gewässerschutz bereits eingeplant werden können. Der Bund hat sich bisher noch nicht engagiert.

Bauvorhaben der Bundesverwaltung

Warum braucht das BUWAL 80 statt wie früher vorgesehen 40 Parkplätze? Auch die Bahn könnte benützt werden. Zum Teil geht es hier um Vorschriften auf Gemeindeebene, die berücksichtigt werden müssen.

EG-Programm Erasmus

Es ist zu bedauern, dass die Schweiz nicht als vollwertiger Partner akzeptiert wurde. Unter diesen Umständen sollte der Vertrag nicht durch den Bundespräsidenten unterschrieben werden. Herr Bundespräsident Cotti informiert, er beabsichtigt nicht, eigens für diese Unterzeichnung nach Brüssel zu reisen.

Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs

Der Rat führt seine Beratungen fort. Es geht insbesondere um die Abschaffung der Privilegien bei der Verrechnungssteuer und um die Sozialversicherungen. Gegenwärtig gibt es insgesamt 26 Privilegienkategorien. Die meisten sollen nun abgeschafft werden. Würde man den Staat gegenüber Privaten besser behandeln, würde das gesamte Konzept im Parlament auseinandergeraten. Der Rat teilt diese Auffassung.

Generalsekretär EJPD

Die Wahl von Herrn Walpen zum neuen Generalsekretär des EJPD ist nicht bestritten, doch sollten die Gehaltsmodalitäten genauer geprüft werden. Dies war nicht möglich, denn der Antrag wurde sehr spät eingereicht. Leider hat eine Zeitung bereits über die Wahl berichtet. Sollte die Wahl nicht heute erfolgen, würden die Spekulationen in der Öffentlichkeit und innerhalb des Departementes losgehen. Nach telefonischer Orientierung des Präsidenten der Finanzdelegation nimmt deshalb der Rat die Wahl vor. Er wird aber erst später über die finanziellen Fragen Beschluss fassen.

- 2 -

Service civile

Le Conseil doit-il prendre position sur l'initiative parlementaire avant la votation du 2 juin? S'il le fait, on risque de donner l'impression que le Conseil fédéral ne croit pas beaucoup non plus à la "réforme Barras". Ce sentiment n'est pas partagé par M. Villiger, car le Conseil a toujours dit que la réforme du code pénal militaire ne constitue qu'un pas vers la solution du problème de l'objection de conscience. En outre, le Conseil national désire traiter cette initiative parlementaire au mois de juin déjà. Il faut que le Conseil fédéral prenne position, chose qu'il fait en adoptant la proposition du DMF légèrement modifiée à la suggestion de M. Ogi.

AUSSPRACHENDroit de consulter les actes administratifs

Le chancelier Buser se dit prêt à retirer la proposition étant donné que le DFJP entend proposer que la question fasse l'objet d'une nouvelle loi. Ainsi, le Conseil ne décide rien quant à la question de savoir si les commissions d'experts doivent être autorisées à publier les résultats de leurs travaux, proposition qui est très contestée.

Ombudsmann für die Armee

Herr Bundesrat Villiger kommentiert seine Vorschläge für die Schaffung eines Ombudsmannes für die Armee. Es geht nicht um die Aenderung von Entscheiden der Militärhierarchie, sondern um die Mithilfe bei der Suche nach Lösungen. Damit der Ombudsmann nicht allzu stark politisiert wird, sollte er vom Bundesrat und nicht vom Parlament gewählt werden. Es geht aber noch nicht um die Ausgestaltung dieser Funktion, sondern nur um die Ankündigung, dass vom Bundesrat dieser Vorschlag positiv weiterverfolgt wird. Gegenüber der Neuerung wird auch eine gewisse Skepsis geäußert. Auch wenn eine solche Institution im Ausland gute Auswirkungen gezeigt hat, ist eine Umgehung der Führungsstrukturen der Armee zu befürchten. In unserer direkten Demokratie sollten andere Wege beschritten werden. Auch können die Probleme durch eine bessere Ausbildung und bessere Leute gelöst werden. Trotz diesen Einwänden spricht sich der Bundesrat grundsätzlich für die Schaffung eines solchen Ombudsmannes für die Armee aus. Mit einem persönlichen Gespräch können die Probleme besser gelöst werden als mit Beschwerden. Auch ist von einem Ombudsmann eine präventive Wirkung zu erwarten. Die hohen Militärs werden motiviert, ihre Leute besser zu führen.

UMFRAGENM. Felber

- informe de la décision de l'architecte Mangeat de se retirer de son projet pour Séville. La tour pourra néanmoins être bâtie, car l'architecte a vendu son projet à la Confédération. Même s'il ne l'a pas dit lors de sa conférence de presse, on lui avait demandé il y a deux mois de fournir des calculs pour sa tour, ce à quoi l'architecte en question s'est toujours refusé.

- 3 -

M. Felber

- la Reine des Pays Bas a fait savoir qu'elle ne pourra pas venir en visite d'Etat en 1992, mais qu'elle pourrait accepter une invitation pour 1993. Le Conseil en prend acte, mais n'entre pas en matière.

Bundesrat Stich

- kündigt für die nächste Sitzung die Botschaft zum IWF an.
- wünscht, dass seine Gattin mit ihrem Namen angeschrieben wird und nicht - wie vom EDA erneut praktiziert - als Frau Otto Stich.

Bundesrat Koller

- bedauert die Umstände der Verhaftung der Kurden aus Obwalden und informiert über die Rückschaffung in die Türkei. Würde ein solcher Schritt nicht vorgenommen, wäre der Bund gegenüber den Kantonen unglaubwürdig. Der Rat teilt diese Auffassung und bespricht die Informationspolitik in dieser Angelegenheit. Eine bessere und offensivere Strategie ist nötig, damit die Kurden aus Obwalden nicht mit denjenigen aus Irak gleichgesetzt werden. Die Haltung der SRG wird kritisiert, denn die Aussagen von Bundesrat Koller an der Delegiertenversammlung der CVP wurden gar nicht verbreitet. Kann der Bundesrat von der SRG verlangen, dass in solchen Situationen genügend Zeit für ein Mitglied des Bundesrates eingeräumt wird? Die Bundeskanzlei wird diese Frage prüfen und darüber berichten. Im Anschluss an die heutige Sitzung soll eine Erklärung des Bundesrates erfolgen. Zur Sprache kommt auch der Zwischenfall anlässlich der Besinnung vor der Bundesversammlung am Freitag morgen. Der Eindruck ist entstanden, einer der zwei Pfarrer habe den Demonstranten auf der Tribüne ein Zeichen gegeben. Die Parlamentsdienste haben eine Untersuchung eingeleitet und werden darüber berichten.

Bundesrat Ogi

- wird eine Informationsnotiz über die Differenzbereinigung betreffend das Fernmeldegesetz unterbreiten.
- hat den Rat über den Einsatz des Falcon DA 900 schriftlich informiert.
- stellt fest, dass sowohl Staatssekretär Jacobi als auch BIGA-Direktor Hug eine Chinareise unternommen haben, ohne dass im Bundesrat darüber diskutiert worden ist. Die Ereignisse von 1989 in Peking sollen nicht in Vergessenheit geraten, auch wenn China ein wichtiger Partner werden könnte. Jedenfalls wäre es gut, wenn solche eminent politischen Entschiede vom Bundesrat getroffen würden.

- 4 -

Bundesrat Ogi

- Wegen eines Uebersetzungsfehlers wurde im Register der Datenkarteien der Bundesverwaltung von einer "Demonstrantenkartei" beim BEW berichtet. Diese Falschmeldung musste sofort berichtigt werden.
- bedauert die Information des BUWAL über den Sommer-smog. Der Eindruck ist entstanden, das EJPD verliere Zeit. Der Rat sollte sich von seinen Aemtern nicht derart massiv unter Druck setzen lassen.
- Das Hotel Bellevue hat für den 30. Juni alle Bundesräte eingeladen. Der Rat wird seinen Vertreter bestimmen.
- Anlässlich der 700-Jahrfeier der Schweiz und der 800-Jahrfeier der Universität von Bologna wird sich Bundesrat Ogi nächsten Mittwoch nach Bologna begeben. Er wird an einem Podiumsgespräch über die Verkehrspolitik teilnehmen.

Bundesrat Villiger

- Die Inseratenkampagne zugunsten der Mirage hat Aufsehen erregt. Die Franzosen behaupten, zugunsten der Schweiz bei der EG vorstellig geworden zu sein. Wer hat etwas von solchen Interventionen bemerkt?
- Sechs der ausländischen Spezialisten der P-27 sind bereit, ihre Informationstätigkeit weiterhin auszuüben. Für die UNA sind diese Informationen sehr interessant. Mit den betreffenden Personen sollen nun neue Verträge ausgehandelt werden.

Bundeskanzler Buser

- An der Sitzung des Instituts für Rechtsvergleichung vom 26. August sollte sich der Rat doch durch eines seiner Mitglieder vertreten lassen. Bundesrat Koller überprüft das Datum.
- Anstelle von Bundesrat Delamuraz, der verhindert ist, wird Vizekanzler François Couchepin den Rat bei der Fondation de l'Hermitage vertreten.
- Die Behörden von Liechtenstein möchten dem Bundespräsidenten am 25. Mai ein Buch über die Schweiz überreichen. Bundespräsident Cotti ist bereit, das Buch entgegenzunehmen, wünscht aber, dass die Bundeskanzlei dieses liest und beurteilt.

- 5 -

Intégration européenne

Le Président Cotti souhaite que les "bottom lines" que le Conseil a définies lors de sa dernière séance fassent l'objet d'un procès-verbal de décision.

M. Delamuraz informe des derniers développements de la négociation qui est toujours empoisonnée. A Bruxelles, le projet de déclaration pour la réunion ministérielle est absolument inacceptable: on parle d'une clause évolutive sur l'agriculture et on subordonne la réussite d'un TEEE à un accord en matière de transit. La CE démontre toute son arrogance et l'AELE est incapable de s'exprimer d'une seule voix. La délégation de parlementaires qui a discuté à Bruxelles a été choquée par les propos de M. Andriessen selon qui "la Suisse a profité depuis 40 ans de la CE". La conférence ministérielle sera particulièrement difficile, et il est fort probable qu'on voudra faire supporter à la Suisse l'échec des négociations. Le Conseil doit décider aujourd'hui ce qu'il veut à court, mais également à longue termes.

Le Conseil est unanime à juger que la négociation doit se poursuivre, mais qu'un mauvais traité ne sera pas signé par la Suisse. L'unanimité est constatée également quant à la possibilité de discuter de variantes, telles un "EWR-light". Néanmoins, une telle possibilité ne doit être traitée qu'avec grande réserve. La proposition de publier les "bottom lines" n'est plus opportune. On accuse déjà la Suisse d'être responsable si les négociations devaient mal tourner: il ne faudrait pas alimenter encore cette thèse. Le Conseil partage cet avis, étant donné qu'il est désormais trop tard pour une telle attitude.

M. Delamuraz constate que le Conseil n'est pas encore unanime quant au message politique qu'il faudrait transmettre en cas d'échec du TEEE. A son avis, il est impossible, irréaliste et unimaginable de dégager à long terme une autre solution qu'une adhésion à la CE. Il faut savoir si la Suisse peut adhérer, car les solutions de rechange ne sont que chimères. Faut-il annoncer dès maintenant ce choix ou attendre la fin des négociations? Différer cette décision serait un signe d'immobilisme. Il ne s'agit pas d'annoncer la candidature de la Suisse, mais bien de dire que les conditions d'une adhésion doivent désormais être préparées. La situation évolue très rapidement, et le temps presse si l'on veut éviter que la Suisse soit traitée comme la Bulgarie ou la Roumanie. Témoigner notre volonté européenne est un signal positif que le Conseil devrait donner.

M. Felber partage cet avis. Il est important pour la Suisse de dire ce qu'elle fera si le TEEE ne peut être signé. Il faut annoncer la couleur, car il y a non seulement une attente de l'opinion publique suisse, mais bien aussi une inquiétude quant à la volonté européenne de la Suisse. Refuser l'isolement, tout le monde est d'accord. Mais il faut aussi indiquer où l'on veut aller. Attendre l'évolution de la CE n'est pas possible. Annoncer un but n'est pas déposer une demande d'adhésion. Même sans adhérer, nous serons contraints de modifier nos lois.

Herr Bundesrat Stich teilt diese Haltung nicht. Wir müssen weiter verhandeln, auch wenn die EFTA keinen Partner mehr darstellt. Es wäre aber falsch, bereits heute von Beitritt zu sprechen. Die EG ist noch zu zentralistisch und zu undemokratisch. Sie will zudem keine neuen Mitglieder aufnehmen.

- 6 -

Auch für Herrn Bundesrat Koller wäre es verfrüht, von Beitritt zu sprechen. Der EWR ist noch nicht tot und er ist besser als sein Ruf. Leider hat man die Frage der Mitbestimmung allzu sehr hochgespielt. Eine EG-Mitgliedschaft sollte nicht idealisiert werden, denn viele Fragen, zum Beispiel in bezug auf die Landwirtschaft, müssen mitberücksichtigt werden. Es ist nun wichtig, dass die Chefunterhändler aufhören, sich zu äussern. Im jetzigen Moment würde eine Flucht nach vorne nicht verstanden. Ein Nein des Volkes zum EWR wäre nicht so schlimm wie die Ablehnung einer Mitgliedschaft. Hauptstrategie soll deshalb der EWR bleiben. Andere Optionen müssen gesucht werden. Dafür sind Entscheidungsunterlagen notwendig.

Herr Bundesrat Ogi stellt fest, dass der Bundesrat seine Haltung nicht definiert, während die Chefbeamten weiterhin Erklärungen abgeben. Sie haben den Tod des EWR angekündigt, und damit haben sie die Haltung der Schweiz verspielt. Man soll nun den Chefunterhändlern das Reden vor der Öffentlichkeit verbieten, denn sie haben genug Schaden angerichtet.

Heute muss der Bundesrat an die Öffentlichkeit treten. Eine harte Haltung gegen aussen zeigt Stärke nach innen. Weitere Optionen und Perspektiven sind heute gefragt. Es wäre falsch, schon jetzt von Heirat zu sprechen, denn die Verlobung zeigt Probleme. Auch die EG wünscht sich vielleicht eine Verschnaufpause. Die Schweiz soll nicht die gleichen Fehler begehen wie Oesterreich und Schweden.

Für Herrn Bundesrat Villiger ist der EWR nicht nur schlecht, weil die Beamten ihn schlecht gemacht haben, sondern weil er unbefriedigend ist. Man sollte sich aber über einen dritten Weg nicht allzu viele Hoffnungen machen. Ein EWR-light ist sehr schwer zu erreichen. Die Frage ist, ob ein Beitritt als realistische Option zu betrachten ist. Der Rat soll heute Stärke zeigen und gleichzeitig die Chefunterhändler zum Schweigen bringen. Die Haltung von Herrn Blankart ist ein Versuch, seine eigene Stelle zu retten. Es scheint ihm weniger darum zu gehen, die Interessen der Nation wahrzunehmen.

Le Président Cotti souligne que la note diffusée démontre que le Conseil a toujours souhaité un rapprochement avec la CE pour ne pas devoir adhérer. C'est la raison qui fait du TEEE une solution de rechange et non un pont vers l'adhésion. Il ne faut pas maintenant, sans avoir approfondi la question, passer d'un constat d'échec au premier pas d'une adhésion. La proposition de déclaration est bonne, mais il faut adapter les deux derniers paragraphes à la volonté du Conseil.

Der Rat diskutiert über verschiedene Kompromissformulierungen. Es soll einerseits nicht von Beitritt die Rede sein, gleichzeitig aber diese Option irgendwie im Vordergrund stehen. Schliesslich wird ein leicht abgeänderter Vorschlag von Herr Bundesrat Ogi angenommen, wonach "ein möglicher Beitritt nicht überhastet beantragt, aber als jene Perspektive verfolgt werden soll, die erheblich an Gewicht gewonnen hat".

Die Herren Bundesräte Delamuraz und Felber werden beauftragt, der Öffentlichkeit diese Haltung des Bundesrates vorzutragen.

14.5.1991 AC/Ba

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an die Herren
 - Departementsvorsteher (7)
 - Bundeskanzler (1)
 - Vizekanzler (2)